

Sven Felix Kellerhoff

„Sieger schreiben die Geschichte.“ Wirklich?

Historische Gerechtigkeit im
Geschichtsjournalismus

In: Rainer Hering/Ole Fischer (Hg): Historische Gerechtigkeit. Geschichts- und archivwissenschaftliche Perspektiven (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein, Band 124). Hamburg: Hamburg University Press, 2025, <https://doi.org/10.15460/hup.270.2096>, S. 85–96

Hamburg University Press

Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
Carl von Ossietzky

IMPRESSUM

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Lizenz

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Das Werk steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>). Ausgenommen von der oben genannten Lizenz sind Teile, Abbildungen und sonstiges Drittmaterial, wenn anders gekennzeichnet.



Online-Ausgabe

Die Online-Ausgabe dieses Werkes ist eine Open-Access-Publikation und ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar. Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Online-Ausgabe archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek (<https://portal.dnb.de>) verfügbar.

DOI <https://doi.org/10.15460/hup.270.2089>

Gedruckte Ausgabe

ISBN 978-3-910391-03-1

Layoutentwicklung

In Zusammenarbeit mit dem Verlag durch Sascha Fronczek, studio +fronczek, Karlsruhe (Deutschland), <https://saschafronczek.de>.

Cover und Satz

Hamburg University Press

Druck und Bindung

Books on Demand GmbH

In de Tarpen 42, 22848 Norderstedt (Deutschland), info@bod.de, <https://www.bod.de>

Verlag

Hamburg University Press

Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg (Deutschland), info.hup@sub.uni-hamburg.de, <https://hup.sub.uni-hamburg.de>
2025

INHALT

Einleitung	9
<i>Ole Fischer und Rainer Hering</i>	
Geleit des Vorsitzenden des Vereins zur Förderung des Landesarchivs Schleswig-Holstein	11
<i>Klaus Alberts</i>	
Gerechtigkeit im Archiv	13
Laudatio für Rainer Hering	
<i>Peter Fischer-Appelt</i>	
I WAS IST GERECHTIGKEIT?	
Historische Gerechtigkeit	19
Eine rechtsphilosophische Sicht	
<i>Ino Augsburg</i>	
Historische Un/Gerechtigkeiten in Bezug auf Recht und Geschlecht	49
Zur Regelung von Zugehörigkeiten im bürgerlichen Staat	
<i>Konstanze Plett</i>	
Zu Unrecht vergessen?	75
Betrachtungen über historische Ungerechtigkeit im literarischen Feld	
<i>Carolin Vogel</i>	
„Sieger schreiben die Geschichte.“ Wirklich?	85
Historische Gerechtigkeit im Geschichtsjournalismus	
<i>Sven Felix Kellerhoff</i>	

II HISTORISCHE GERECHTIGKEIT

- Gewissensfreiheit statt „Zwangskonversion“!** 99
Ein zäher Kampf um Gerechtigkeit (1674)
Martin Dinges
- „En underdahn is doch keen Hundt“** 111
Gerechtigkeitsvorstellungen Leibeigener im 18. Jahrhundert in
Schleswig-Holstein
Silke Göttsch-Elten
- Der Fall des Altonaer Zeitungsredakteurs Martin May** 121
Tobias Köhler
- Christliche Judenmission im deutschen Kaiserreich** 133
Dirk H. Dolman und das Wandsbeker Missionshaus
Ruth Albrecht
- Historische Gerechtigkeit für die Matrosen von 1918** 149
Michael Epkenhans
- Die deutsch-dänische Grenze von 1920** 175
Ungerecht, gerecht oder fair?
Hans Schultz Hansen
- „Kinderverschickung“** 185
Überlegungen zum Konzept historischer Gerechtigkeit
Helge-Fabien Hertz
- Sexualisierte Gewalt in evangelischen Kirchen** 199
Oder: Was soll mit Gewaltopfern geschehen, die kein Vertrauen
mehr in die Institutionen haben?
Michaela Bräuninger
- Wahrheit und postkoloniale Erinnerungskultur** 211
Das Beispiel: Arbeitskreis Hamburg Postkolonial
Lea Witzel

„Gerechtigkeit herstellen!“ 225
Biografische Skizzen zu Hannelore Erhart. Theologin –
Historikerin – Archivarin
Heike Köhler

Vom Ausschluss zur Teilhabe am Arbeitsmarkt 237
Mutterschutz als Thema historischer Gerechtigkeit
Dörte Esselborn

**„Republikflucht“ und „Verrat an der Deutschen
Demokratischen Republik“** 247
Von Leipzig nach Saarbrücken. Zur Biografie des
Kunsthistorikers Wolfgang Götz
Wolfgang Müller

III ARCHIVE UND HISTORISCHE GERECHTIGKEIT

Historische Gerechtigkeit und die Rolle der Archive 261
Michael Hollmann

Was ist schon gerecht? 277
Über die Mühen der Wahrheitsfindung und die Bedeutung
Freier Archive
Jürgen Bacia und Cornelia Wenzel

Gerechtigkeit bei archivischen Bewertungsentscheidungen? 291
Ein historischer Überblick
Sarah Bartenstein

Gerechtigkeit in der Überlieferungsbildung 301
Christian Keitel

Frauen! Macht Geschichte! 325
Gudrun Fiedler

Der Armut ein Gesicht geben 337
Die frühe Sozialfotografie zwischen Kritik und Kommerz
Heike Talkenberger

Gab es Versuche einer Historischen Gerechtigkeit vor der Historischen Gerechtigkeit?	353
Ein Blick auf Archiv- und Bibliotheksgründungen zur Frauenbewegung ab den 1970er-Jahren <i>Kerstin Wolff</i>	
„Gerechtigkeit“ als ein Leitmotiv archivischer Arbeit im demokratischen Staat	365
Das Beispiel des Landesarchivs Baden-Württemberg <i>Clemens Rehm und Gerald Maier</i>	
IV NACHWORT	
Historische Gerechtigkeit	383
Überlegungen zu einem ungewöhnlichen Begriff <i>Rainer Hering</i>	
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	393

„Sieger schreiben die Geschichte.“ Wirklich?

Historische Gerechtigkeit im Geschichtsjournalismus

Sven Felix Kellerhoff

Manche Wörter sind so vielfältig, man könnte auch sagen vage, dass es schwierig ist, sie ohne umfangreiche Begriffsbestimmungen zu verwenden. Zu diesen Wörtern gehört ohne Zweifel „Gerechtigkeit“.¹ Was für die Gegenwart zutrifft, wird beim Blick in vergangene Zeiten (und darum geht es bei *historischer Gerechtigkeit*) noch vielfältiger und damit komplizierter. Bekannt ist der enttäuschte, fast frustrierte Satz der DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley (1945–2010): „Wir haben Gerechtigkeit erwartet und den Rechtsstaat bekommen.“² Sie sagte das ziemlich genau dreizehn Monate nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, sprach also über die damals allerjüngste Vergangenheit. Wenn so ein Verdikt bereits das wahrlich detailliert geregelte Gebiet des Strafrechts (darauf zielte Bohleys Bemerkung) traf, wie viel schwieriger muss dann das weitaus größere Feld allgemeiner Gerechtigkeit in der Geschichte zu durchschreiten sein?

Im Zusammenhang des vorliegenden Sammelbandes, so haben es die Herausgeber vorgegeben, ist das Generalthema wie folgt definiert:

„Historische Gerechtigkeit sollte dabei verstanden werden im Sinne einer Revision vergangener Ereignisse und Entwicklungen mit dem Ziel, geschehenes Unrecht sichtbar zu machen und somit einen Akt retrospektiver Solidarität und symbolischer Wiedergutmachung zu ermöglichen, und zwar im Gegensatz zum allgemeinen Diskurs um historische Gerechtigkeit unabhängig von einer Justiziabilität vergangenen Unrechts.“³

-
- 1 In Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. 9 Bde. Stuttgart 1972–1997, ist „Gerechtigkeit“ als Lemma nicht gelistet. Jedoch kommt der Begriff laut Register 101-mal in anderen Lemmata vor; vgl. ebd., Bd. 8.1., 419 f. Dabei sind verwandte Begriffsbildungen nicht mitgezählt.
 - 2 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1991. Es gibt verschiedene Varianten dieses Zitats, die sich aber inhaltlich nicht wesentlich unterscheiden – so heißt es bei Josef Isensee (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung durch Recht*. Berlin 1992, 101: „Wir haben Gerechtigkeit erhofft, und wir haben den Rechtsstaat bekommen“; bei Klaus Kinkel: *Wiedervereinigung und Strafrecht*. In: *Juristenzeitung* 47 (1992), 486: „Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen“; bei Herwig Roggemann: *Zur Strafbarkeit der Mauerschützen*. In: *Deutsch-Deutsche Rechtszeitschrift* 4 (1993), 11 Anm. 7: „Wir hofften auf Gerechtigkeit, aber bekamen den Rechtsstaat“; bei Bernd Rütters: *Das Ungerechte an der Gerechtigkeit*. Tübingen 1993, 150: „Wir haben Gerechtigkeit erwartet, bekommen haben wir den Rechtsstaat.“
 - 3 Schreiben der Herausgeber vom 22.9.2021.

Das ist eine starke, der Praktikabilität wegen gleichwohl fraglos zulässige Verengung des Begriffes.

Dieser Beitrag schränkt das Thema sogar noch weiter ein, nämlich auf eine einzige, dafür aber leidlich konkrete Facette: Kann Geschichtsjournalismus das Ziel der historischen Gerechtigkeit in diesem Sinne erreichen, und wenn ja: wie genau? Eine „Revision vergangener Ereignisse und Entwicklung“ ist zweifellos eines der Ziele einer seriösen, wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit aktuellen Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft für die breite Öffentlichkeit. So kann man Geschichtsjournalismus im Zusammenhang des größeren Themenfeldes Public History beschreiben – es geht darum, quellengestützt und in enger Verbindung mit aktueller Forschung einem großen (Laien-)Publikum Deutungsangebote zu vergangenen Zeiten zu präsentieren, die über rein anekdotische Schilderungen hinausgehen. Seriöser Geschichtsjournalismus steht dabei neben der Arbeit beispielsweise in Archiven, Gedenkstätten und historischen Museen, und jedes einzelne dieser Felder ist hinsichtlich Wert und Bedeutung für das Themenfeld gleichberechtigt mit der universitären oder außeruniversitären historischen Forschung.

Die folgenden Ausführungen beruhen auf reichlich drei Jahrzehnten praktischer Erfahrung im Geschichtsjournalismus. Das Arbeitsfeld hat sich in dieser Zeit stark verändert, vor allem durch eine tiefgreifende technische Entwicklung der Vermittlungswege: Anfang der 1990er-Jahre waren Medien und ihre inhaltlich verantwortlichen Angestellten, hier einmal leicht vereinfacht Redakteure genannt, noch die „Gatekeeper“ oder „Schleusenwärter“, die entschieden, welche Informationen, Forschungsergebnisse und Narrative überhaupt die Chance hatten, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind Redakteure bestenfalls noch so etwas wie Lotsen in einem nahezu komplett beliebigen (Des-)Informationsstrom.⁴ Die angedeuteten Veränderungen selbst historisieren und damit problematisieren, vermag dieser Beitrag im gesetzten Rahmen allerdings leider nicht.

Eine letzte Definition vorab, denn „Geschichte“ ist selbst ein höchst volatiler Begriff. Der Berliner Alt- und Kulturhistoriker Alexander Demandt (* 1937) hat es treffend ausgedrückt:

4 Vgl. Sven Felix Kellerhoff: Mehr Vergangenheit war nie. Vom Nutzen und Nachteil der Historie in der Mediengesellschaft. In: Bremisches Jahrbuch 91 (2012), 21–33.

„Sieger schreiben die Geschichte.“ Wirklich?

„Was also ist Geschichte? An seriösen Definitionsvorschlägen mangelt es nicht. Es gibt Hunderte von unterschiedlichster Ausrichtung, unterschiedlichster Länge. Die umfassendste füllt ein ganzes Buch, die knappste besteht aus drei Worten und stammt von dem amerikanischen Autokönig Henry Ford: ‘Geschichte ist Quatsch.’ Freilich ist das streng genommen keine Definition, ebenso wenig wie die meisten anderen. Sie belehren uns nicht darüber, was Geschichte ist, sondern darüber, was Geschichte ‘eigentlich’ ist, d. h. was der Schreibende von ihr hält.“⁵

Den folgenden Ausführungen liegen klar zu formulierende Definitionen zugrunde: Erstens sind „Vergangenheit“ und „Geschichte“ nicht identisch, auch wenn beide Begriffe oft synonym verwendet werden. „Vergangenheit“ steht für die Wirklichkeit vergangener Zeiten und ist daher selbstverständlich irreversibel. „Geschichte“ hingegen meint das Bild, das sich eine Gruppe, sei es eine kleine wie eine einzelne Familie oder eine große wie ein ganzes Volk, von Facetten der eigenen Vergangenheit macht. „Geschichte“ in diesem Sinne steht natürlich nicht fest, sondern verändert sich mit den Zeitumständen. Damit wird „Geschichte“ abhängig von den Interessen jener Menschen, die sich mit ihr beschäftigen, also von ihren Urteilen über die Wirklichkeit mehr oder minder weit zurückliegender Zeiten. Wer historisch arbeitet, ganz gleich in welchem Gebiet der Public History, erforscht Vergangenheit und macht anschließend Deutungsangebote, schreibt also Geschichte entsprechend dem, was man gerade wissen will.

„Sieger schreiben die Geschichte“ – früher oder später wird wohl jeder, der sich als Public Historian zumindest mit der jüngeren Vergangenheit befasst, vom Publikum, seien es nun Leser, Zuschauer oder Gedenkstätten- und Museumsbesucher, mit dieser Behauptung konfrontiert.⁶ In der Regel verwendet wird diese meist im Brustton der Überzeugung vorgetragene Unterstellung, die in unterschiedlich formulierten, im Inhalt aber stets ähnlichen Varianten begegnet, um die Deutungsangebote vermeintlich „systemkonformer“ oder aus anderen Gründen kritizierter Historiker zu schmähen. Dahinter steht die Vorstellung, das Bild von der Vergangenheit werde von jenen, die sich in früheren Konflikten durchgesetzt haben, den Nachfahren der Verlierer oktroyiert. Mit diesem Satz sollen unliebsame Darstellungen diskreditiert werden, interessanterweise übrigens von beiden Rändern

5 Alexander Demandt. Philosophie der Geschichte. Von der Antike zur Gegenwart. Köln–Wien 2011, 26.

6 Eine Auswertung des digitalen Archivs von WELTGeschichte ergab für den Zeitraum von Anfang 2018 bis Ende 2022 diese oder ähnliche Formulierungen in mehr als dreihundert einzelnen Leserkomentaren. Das ist zwar nur ein winziger Bruchteil der deutlich sechsstelligen Zahl von Leserkomentare in dieser Zeit, aber zugleich dürfte kaum ein konkretes „Argument“ öfter begegnen.

des politischen Spektrums gleichermaßen, wenngleich zu unterschiedlichen Themen. So behaupten SED-Ewiggestrige gern, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit werde dominiert von den westdeutschen „Siegern“, während Rechtsextremisten postulieren, die Darstellung der NS-Zeit sei von den westlichen Mitgliedern der erfolgreichen Anti-Hitler-Koalition, vor allem den USA, „festgelegt“. Solche Vorstellungen, die in Einzelfällen von den politischen Rändern bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, erschweren die seriöse Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit vergangener Zeiten und damit die „Revision vergangener Ereignisse und Entwicklungen“.

Dabei steckt in der Formulierung „Sieger schreiben die Geschichte“ sogar ein winziger wahrer Kern – das dürfte der Hauptgrund für die seit Langem und fortwirkend starke Resonanz sein. Auf den ersten Blick nämlich scheint ein Beispiel die Behauptung zu stützen. Es datiert aus der Antike: Tatsächlich stammt das Wenige, was die Geschichtswissenschaft an Quellen über nicht-römische Völker vor allem in Mitteleuropa weiß, aus lateinischen und altgriechischen Quellen, also tatsächlich aus Berichten der militärischen Sieger und ihrer Gesellschaften. Beispielsweise (und das ist für Deutsche naturgemäß am interessantesten) über die Germanen der Antike fehlen bis auf wenige Inschriften Selbstzeugnisse vollkommen, literarische erst recht – und zwar schlicht, weil sie im Gegensatz zu den Kelten weiter westlich keine Schrift kannten. Erst im 6. Jahrhundert nach Christus und damit mitten in der Völkerwanderung begann eine eigene germanische Überlieferung. Da auch die zwanzig Bücher über die Germanenkriege von Plinius dem Älteren (23–79) nicht erhalten sind, ist es im Wesentlichen der römische Geschichtsschreiber Tacitus (um 58–um 120), der mit seiner ethnografischen Schrift „Germania“ (um 100 nach Christus) seit dem Humanismus die Wahrnehmung der antiken Germanen bestimmt; hinzu kommen kürzere Erwähnungen bei Cäsar (100 v. Chr.–44 v. Chr.), Cassius Dio (um 163–um 235), Strabon (um 63 v. Chr.–nach 23 n. Chr.) und Velleius Paterculus (um 20 v. Chr.–nach 30 n. Chr.).⁷ In diesem Spezialfall also bestimmen tatsächlich die zumindest zeitweiligen Sieger das Bild der einige Jahrhunderte lang geschlagenen Verlierer.

Doch mit Blick auf die historisch relevanten zweieinhalb Jahrtausende europäischer Vergangenheit handelt es sich dabei um eine Ausnahme, nicht um die Regel. Erst recht gilt das für das 19. und 20. Jahrhundert, also jene Zeit, aus der die allermeisten Quellen in modernen Archiven stammen. Nicht ein Mangel an Quellen, sondern deren meist von

7 Vgl. Gerhard Perl (Hrsg.): Tacitus. Germania. Berlin. 1990, 38–44; Alexander Demandt: Antike Staatsformen. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte der Alten Welt. Berlin 1995, 480 f.

Jahrzehnt zu Jahrzehnt zunehmende Übermenge ist für Historiker das entscheidende Problem. Das liegt einerseits an der Medienrevolution des 16. Jahrhunderts mit dem Buch- und vor allem Publizistikdruck, andererseits an der zunehmenden Literarisierung der europäischen Gesellschaften und drittens an der zunehmenden Bürokratisierung auf allen Ebenen der Staaten, die den Ausstoß an Unterlagen mitunter steil ansteigen ließ.

Allein die Überfülle an Quellen widerlegt die Behauptung, Sieger schrieben bis heute die Geschichte, gleichermaßen in einem übergeordneten wie einem theoretischen Sinne. Doch so eine Argumentation wäre zumindest für den Geschichtsjournalismus untauglich; sie verfehlt den Zweck, einem interessierten Laienpublikum seriöse Deutungen anzubieten.

Deshalb folgen drei konkrete Beispiele, die alle dieselbe These belegen: In modernen Gesellschaften schreiben gewöhnlich nicht Sieger militärischer oder politischer Konflikte die Geschichte, dominieren also das Bild der jeweils unterlegenen Gesellschaften über die eigene Vergangenheit; im Gegenteil sind es die Verlierer.⁸ Das gilt allerdings nur in tendenziell freien Gesellschaften, nicht für ideologisch geprägte Gwalt Herrschaften. Für diesen Sonderfall steht ein viertes Exempel.

Das erste Beispiel ist der Deutsch-Französische Krieg. Bald nach der doppelten Niederlage erst Kaiser Napoleons III. in Sedan am 1. September 1870 und anschließend der französischen Übergangsregierung mit dem Vorfrieden von Versailles vom 26. Februar 1871 kam ein heftiger, gegen den siegreichen Nachbarn gerichteter Revanchismus auf. Vor allem wegen der Wegnahme von Elsass-Lothringen (das anderthalb bis gut zwei Jahrhundert zuvor wiederum von Frankreich annektiert worden war) gehörte dieser radikalnationalistische Chauvinismus ab den 1880er-Jahren zu den prägenden Kräften der Dritten Republik, speziell des Bürgertums und des Militärs. Natürlich brachten diese Kreise eine umfassende eigene Publizistik hervor, in deren Mittelpunkt die Zeit seit 1870 stand.⁹ Also die „neueste Zeithistorie“ im Sinne von Hans-Peter Schwarz (1934–2017) oder – anders formuliert: Geschichte, die „noch qualmt“.¹⁰ Diese Publizistik und ihre

8 Reinhard Kosellecks These, die Geschichte werde zwar kurzfristig von den Siegern geschrieben, langfristig aber von den Besiegten, bedarf daher der deutlichen Zuspitzung. Vgl. Reinhart Koselleck: Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze. In: ders.: Zeitschichten. Studien zur Historik. Frankfurt/Main 2000, 68.

9 Vgl. etwa Wolfgang Schivelbusch: Die Kultur der Niederlage. Berlin 2001, 125–224 sowie Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013, 172–187; Stefan Schmidt: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges. München 2009, 212–244.

10 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Die neueste Zeitgeschichte, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), 5–28; Barbara Tuchman: In Geschichte denken. Essays. Düsseldorf 1982, 31.

Akteure prägten das Bild, das sich die französische Gesellschaft überwiegend von der eigenen jüngsten Vergangenheit machte, eben dem Krieg 1870/71.

Die antisemitischen Auswüchse der Dreyfus-Affäre 1894 bis 1906 etwa sind ohne diesen Kontext der Niederlage gegen Deutschland überhaupt nicht zu verstehen, ebenso wenig wie die Bündnispolitik des seit 1911 dominierenden französischen Politikers Raymond Poincaré (1860–1934). Dagegen kehrte sich das Deutsche Kaiserreich nach dem Friedensschluss und der vergleichsweise schnellen Regelung der Reparationsfrage demonstrativ vom geschlagenen Gegner ab und suchte im Gegenteil eine langfristige Isolierung des stets revanchegierigen Nachbarn zu erreichen. Auf die innenpolitische Lage dort und speziell auf die öffentliche Deutung der Niederlage sowie ihr Publikum, die interessierte Gesellschaft, nahm man hingegen gerade keinen Einfluss: Die Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges in Frankreich schrieben nicht die Sieger, sondern die Verlierer.

Ein zweites Beispiel – Deutschland nach 1918: Wer dominierte den öffentlichen Diskurs in der Weimarer Republik zum Thema Kriegsschuld 1914? Die Sieger, also die Entente-Mächte? Gerade nicht. Noch während der Friedensverhandlungen in Versailles (die ohne Deutschland stattfanden) war der alles beherrschende Diskurs in Deutschland derselbe wie seit August 1914: Man sei „schuldlos in den Krieg hineingeschlittert“, die Gegner hätten das Kaiserreich „eingekreist“ und trügen deshalb die eigentliche Schuld an der „Urkatastrophe“ Europas. Bis Anfang Mai 1919 hielt sich in demokratischen Kreisen die – allerdings durch nichts substantiell begründete – Hoffnung, die Siegermächte würden der jungen deutschen Republik mit Milde gegenübertreten. Für ein böses Erwachen sorgten dann die am 7. Mai 1919 übermittelten Friedensbedingungen, die zu eindeutigen Reaktionen in Deutschland führen. Der sozialdemokratische *Vorwärts* titelte am Morgen danach entsprechend: „Frieden der Vernichtung“, die *Münchener Neuesten Nachrichten* beschränkten sich auf das Wort „Vernichtung“. Der Chefredakteur des linksliberalen *Berliner Tageblatts*, Theodor Wolff (1868–1943), setzte über seinen Leitartikel ein schlichtes „Nein!“ und schrieb: „Dieser Entwurf ist ein Dokument der ältesten, von allen Völkerbunds-Ideen weltenweit entfernten, von keinem neuen Geist auch nur leise berührten, Gewalt an die Stelle des Rechts setzenden Unterjochungspolitik.“¹¹ Ähnlich sah es das deutsche Publikum – zum Beispiel notierte Käthe Kollwitz (1867–1945) in ihr Tagebuch: „Heute sind die Friedensbedingungen raus. Furchtbar.“¹² Thomas Mann

11 Vorwärts, Münchener Neueste Nachrichten und Berliner Tageblatt vom 8.5.1919.

12 Kollwitz: Tagebücher, 420.

„Sieger schreiben die Geschichte.“ Wirklich?

(1875–1955) fühlte sich „müde und erregt“; die Bedingungen „erreichen und übertreffen alle Träume“, notierte er und meinte „Alpträume“. ¹³ Hermann Müller (1876–1931), der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Nationalversammlung, sprach von der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln; Gustav Stresemann (1878–1929) stellte für die nationalliberale DVP-Fraktion fest: „Was dieser Vertrag aus Deutschland macht, ist ein zerstückeltes Reich, machtlos, auf ewige Zeit zur Fronarbeit verurteilt, von Fremdvölkern wie von Sklavenhaltern regiert.“ ¹⁴

Für die größte Empörung sorgte der Artikel 231 des Versailler Vertrages, dessen Kernsätze lauteten:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“ ¹⁵

Die Siegermächte oktroyierten damit der deutschen Politik ihre Sicht auf den Kriegsausbruch 1914 – auf die damalige deutsche Geschichtsschreibung, den öffentlichen Diskurs und das gesellschaftliche Bewusstsein hingegen nahmen sie nicht nur keinen prägenden, sondern überhaupt keinen Einfluss. Sie versuchten es nicht einmal, denn sie waren ja die Sieger, wie sich deutlich im Januar 1923 bei der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen zeigte.

Die Nationalversammlung richtete auf ihrer 84. Sitzung am 20. August 1919 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Weltkrieg ein, der bis Sommer 1932 tagte. ¹⁶ Das wichtigste der in vier Unterausschüssen behandelten Themen waren der Kriegsausbruch und damit die Kriegsschuldfrage. Drei umfangreiche Gutachten und weitere Materialien erschienen bis 1930, ein viertes, der Generallinie des Ausschusses (Ablehnung des Artikels 231) widersprechendes Gutachten wurde erst 1967 publiziert. Irgendwelche Einflussnahmen der Siegermächte auf die Arbeit dieses Ausschusses sind

13 Mann: Tagebücher, 231.

14 Deutsche Nationalversammlung. Bd. 4, 2651 und 2693.

15 Reichsgesetzblatt 1919 I, 985.

16 Vgl. Ulrich Heinemann: Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983; Michael Dreyer/Oliver Lembcke: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19. Berlin 1993.

nicht bekannt, dessen Ergebnisse der Sicht vor allem Frankreichs diametral gegenüberstanden. In der deutschen Publizistik der 1920er- und frühen 1930er-Jahre dominierte ohnehin nahezu ausschließlich die Sichtweise der Verlierer auf 1914; die wenigen Ausnahmen stammten fast aus linkssozialistischem oder kommunistischem Umfeld. Die spektakulärste war Kurt Eisners (1867–1919) Kriegsschuldbekanntnis gleich vom 23. November 1918, gestützt auf an die Presse weitergegebene Geheimberichte der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin aus dem Sommer 1914. Nach dieser Veröffentlichung wurde spekuliert, „die Sieger“, konkret Frankreich, hätten Eisner dazu angestiftet. Belege dafür gibt es nicht; vielmehr lässt sich die Entscheidung zur Veröffentlichung klar aus einerseits der bei Eisner seit mehreren Jahren vorhandenen Überzeugung der wesentlichen Kriegsschuld Deutschlands erklären, andererseits mit entsprechenden Ratschlägen von gleich drei Seiten unabhängig voneinander; von den Beteiligten war nur einer Amerikaner, die übrigen Deutsche.¹⁷ Ergänzend lässt sich zeigen, dass Eisners Publikation auf die entsprechenden Diskussion in Paris und London gerade keinen Einfluss hatten.¹⁸

Nach 1945 gab es mehrere heftige Wellen von Kriegsschulddiskussionen in der westdeutschen Geschichtswissenschaft, zuvörderst die Fischer-Kontroverse 1959 bis 1964, an denen sich zahlreiche Wissenschaftler beteiligten, allerdings eher selten internationale Forscher – und Einflussnahme seitens der Siegermächte von 1918 gab es auch nicht. Durchgesetzt hat sich in der deutschen und internationalen Forschung schließlich die Deutung, dass die deutsche Führung 1914 zwar nicht bewusst nach der „Weltmacht“ gegriffen, wohl aber einen europaweiten Krieg in ihr Kalkül einbezogen habe. Das ist auch in jüngster Zeit durch viel beachtete Studien von Christopher Clark (* 1960) und Rainer F. Schmidt (* 1955) lediglich um die internationalen Perspektiven ergänzt, nicht aber grundsätzlich infrage gestellt worden.¹⁹

Das dritte und wichtigste Beispiel ist natürlich die Bundesrepublik nach 1945, denn in erster Linie zielt die Behauptung „Sieger schreiben die Geschichte“ auf die bundesdeutsche Erinnerungspolitik an den Nationalsozialismus. Unmittelbar nach Kriegsende versuchten die westlichen Siegermächte tatsächlich, mit der *Reeducation* breiten Einfluss auf die westdeutsche Gesellschaft zu nehmen.²⁰ Zivilisten wurden gezwungen, KZ-Opfer anzusehen und teilweise zu bestatten. Verschiedene bewusst schockierend gestaltete

17 Vgl. Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biografie. München 2001, 389–396.

18 Vgl. Heinemann: Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage, 36 f.

19 Vgl. neben Clark (Anm. 9) Rainer F. Schmidt: „Revanche pour Sedan“ – Frankreich und der Schlieffenplan. In: Historische Zeitschrift 381(2016), 393–425.

20 Vgl. Wolfgang Benz: Wie es zu Deutschlands Teilung kam. München 2018, 169–191.

Informationsfilme liefen in den wiedereröffneten deutschen Kinos. Die neu gegründeten deutschen Zeitungen standen bis 1949 unter Aufsicht, waren von alliierten Lizenzen abhängig und konnten im Falle eines Falles gemäßregelt werden. Diese Maßnahmen richteten sich nicht auf die beginnende Zeitgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik, sondern direkt auf die westdeutsche Öffentlichkeit insgesamt.

Aber was bestimmte nach dem Ende dieser Maßnahmen die öffentliche Diskussion in Westdeutschland über den Krieg? Einsicht in die Verbrechen des Nationalsozialismus? Gerade nicht. Die vorherrschende Forderung war die nach einem baldigen „Schlussstrich“ unter die nationalsozialistische Vergangenheit. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Eduard Wahl (1903–1985) zum Beispiel nannte am 1. Dezember 1949 die „Amnestierung vieler sogenannter Kriegsverbrecher eine notwendige Aufgabe, derer sich unsere Regierung annehmen“ müsse. Es bleibe „die große Frage“, wie die „unheilvollen Wirkungen der Entnazifizierung“ beseitigt werden sollen.²¹ Wahl, der seit 1935 als Professor Rechtswissenschaft lehrte und 1937 der NSDAP beigetreten war, stand mit solchen Forderungen nicht allein: Auch der CDU-Politiker Eugen Gerstenmaier (1906–1986), der vom Volksgerichtshof noch 1945 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, trat für eine „Beendigung der Entnazifizierung“ ein.²² Ähnlich äußerte sich der Sozialdemokrat Fritz Erler (1913–1967), der 1938 bis 1945 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in Haft gesessen hatte: „Auch die SPD ist der Meinung, dass ein Schlussstrich unter das ganze Kapitel der politischen Säuberung gezogen werden muss.“²³

Damit orientierten sich die Volksvertreter am Volk. In den 1950er-Jahren dominierte in der westdeutschen Öffentlichkeit zum Thema Zweiter Weltkrieg eindeutig ein Narrativ, das in den Millionen Soldaten und vom Bombenkrieg getroffenen Zivilisten Opfer sah und in der Niederlage eine Abfolge „verlorener Siege“, wie die auf dem Buchmarkt sehr erfolgreichen Memoiren des ehemaligen Generalfeldmarschalls (und verurteilten Kriegsverbrechers) Erich von Manstein (1887–1973) überschrieben waren. Nicht nur seine Erinnerungen ebenso die eines knappen Dutzends früherer hoher und höchster Generäle erwiesen sich als Kassenschlager.²⁴ Noch weitaus größer war die Resonanz belletristischer Veröffentlichungen wie des Stalingrad-Romans „Hunde, wollt Ihr ewig

21 Stenographische Protokolle des Bundestages, 1. Wahlperiode, 581D.

22 Stenographische Protokolle des Bundestages, 1. Wahlperiode, 1333D–1334A.

23 Stenographische Protokolle des Bundestages, 1. Wahlperiode, 1346B–1347A.

24 Vgl. Jens Westemeier (Hrsg.): „So war der deutsche Landser“. Das populäre Bild der Wehrmacht. Paderborn 2019; Johannes Hürter: Die Wehrmachtsgeneralität und die „Bewältigung“ ihrer NS-Vergangenheit. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 18 (2014), 17–30.

leben“ von Fritz Wöss (1920–2004), der unzähligen „Tatsachenberichte“ in Illustrierten und populären Wochenblättern sowie der Fülle von Kriegsfilmern dieser Zeit.²⁵ Nahezu überall in dieser unübersehbaren Fülle herrschte das Bild vor, im Dritten Reich seien die Deutschen gezwungen, missbraucht oder schlimmstenfalls verführt worden – eine Selbstwahrnehmung, die wenig bis nichts mit dem angestrebten Ziel der Reeducation gemein hatte. Das entsprach dem in repräsentativen Umfragen gemessenen Meinungsbild in Deutschland: Im November 1953 vertraten 26 % der Westdeutschen die Ansicht, die Entnazifizierung sei „nicht notwendig“ gewesen, weitere 14 % hielten sie sogar für eine „Schikane der Besatzungsmächte“. 23 % meinten, sie sei zwar notwendig gewesen, jedoch falsch von den Besatzungs-, also den Siegermächten umgesetzt worden, und nur 20 % hielten die Entnazifizierung für im Großen und Ganzen richtig.²⁶ Bei einer Umfrage im August 1958 sprachen sich hochgerechnet 34 % für einen „Schlusstrich unter die Vergangenheit“ aus.²⁷

Erst der beginnende Generationswechsel in den 1970er-Jahren führte zu einer substanzielleren Änderung im Bild, das sich die Deutschen mehrheitlich von der eigenen Vergangenheit machten. Auch hier schrieben die „Sieger“ also eben nicht „die Geschichte“.

All das gilt allerdings nur für freie Gesellschaften, wie eine Gegenprobe erweist: In der DDR dominierte seit 1945 eindeutig das kommunistische Narrativ des Antifaschismus. Darunter verstand die SED den „wichtigsten Bestandteil des internationalen Kampfes für Demokratie, Freiheit und Frieden“; seine „stärkste Stütze“ habe der Antifaschismus in den „sozialistischen Staaten“ des sowjetischen Blocks. So gab es in Ostdeutschland bis ins Frühjahr 1990 öffentlich nur ein Bild der jüngsten Vergangenheit: das Narrativ vom heldenhaften Kampf der KPD und anderer Kommunisten gegen den „Hitlerfaschismus“.²⁸ Mittels einer engen Kontrolle der Presse und der Buchverlage, der direkten politischen Anleitung von Radio, Kino und Fernsehen sowie einer umfas-

25 Vgl. Michael Schornstheimer: „Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten“. Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der 1950er-Jahre. In: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944. Hamburg 1996, 634–650; Hans J. Wulff: Bundesdeutsche Kriegs- und Militärfilme der 1950er Jahre. Eine Filmbibliografie. Hamburg: Universität Hamburg, Institut für Germanistik 2012 (Medienwissenschaft: Berichte und Papiere 132). DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/12764>.

26 Elisabeth Noelle/Erich Peter Naumann: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 bis 1955. Allensbach 1956, 142.

27 Elisabeth Noelle/Erich Peter Naumann: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958 bis 1964. Allensbach 1965, 221.

28 Vgl. Antonia Grunenberg: Antifaschismus. Ein deutscher Mythos. Reinbek 1993, 120–144.

senden Infrastruktur der Manipulation zum Beispiel in früheren Konzentrationslagern, nun „Nationale Mahn- und Gedenkstätten“ genannt, wurde dieses Zerrbild etabliert und aufrecht erhalten.

Gewissermaßen normalisiert hat sich das ab 1990: Nach der Deutschen Einheit als Folge des Zusammenbruchs der DDR und der Übernahme der westdeutschen Staatsorganisation im Osten dominiert zwar in der zeithistorischen Forschung eindeutig die kritische Sicht auf die SED-Diktatur. Doch den öffentlichen Diskurs in Ostdeutschland erreichte diese meist seriöse Sicht bisher wenig. Hier herrschte jahrzehntelang deutlich und herrscht auch 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution weiter die Selbstwahrnehmung als „Opfer der Einheit“ vor, selbst wenn nahezu alle Ostdeutschen (mit Ausnahme höherer Funktionäre des kommunistischen Apparates) weitaus mehr gewannen als nahezu alle Westdeutschen. Bücher früherer Stasi-Mitarbeiter, ehemaliger SED-Funktionäre und DDR-Journalisten erreichen durchweg weit höhere verkaufte Auflagen als anspruchsvolle politische Sachbücher – manche Verlage leben sehr gut davon.²⁹ Viel „Ostalgie“ spielt mit, auch Phantomschmerz einer vermeintlich gerechteren Gesellschaft – vor allem aber zeigt das Beispiel, dass der Sonderfall des von „Siegern“ dominierten Bildes der Gesellschaft von ihrer eigenen Vergangenheit in der DDR 1949 bis 1990 durch den Normalfall abgelöst worden ist: Auch in Ostdeutschland dominieren vermeintliche und gefühlte „Verlierer“ die „Geschichte“ – mögen Historiker schreiben, was immer sie wollen.

Die „Revision vergangener Ereignisse und Entwicklung“ auf Basis von seriöser Quellenarbeit unter anderem in Archiven ist ein zentrales Ziel des Geschichtsjournalismus. Anders als im innerwissenschaftlichen Diskurs kommt es in der Public History allerdings darauf an, ein möglichst breites Publikum zu erreichen: Ein Artikel beispielsweise auf WELTGeschichte, der innerhalb der ersten 72 Stunden nach Erstveröffentlichung nicht mindestens fünfstellig häufig gelesen wird, wäre unbefriedigend. Im Schnitt pro Tag 175.000 Pageviews, also tatsächlich gelesene und nicht nur angeklickte Artikel, und ein Stammpublikum von 100.000 „Heavy Usern“, die mindestens dreimal pro Woche die Website anschauen, sind das Ziel. Hinzu kommt Zufallspublikum, vermittelt oft durch soziale Medien, die auf einzelne Beiträge verlinken.

Über Jahre erfolgreich kann man nur sein, wenn man dem historischen Stoff gerecht wird. Mit „Clickbaiting“ und knalligen, überdrehten Thesen lassen sich nämlich kurzfris-

29 Namentlich die Imprints der Eulenspiegel-Verlagsgruppe wie Edition Ost, Neues Leben und Das Neue Berlin haben dieses Geschäftsmodell perfektioniert.

tig Nutzerzahlen zwar hochtreiben, doch wenn die entsprechenden Artikel die geweckten Erwartungen nicht erfüllen, führt das beim Publikum zu einer Gegenreaktion: Es bleibt der Website künftig fern oder klickt weiter, statt Beiträge tatsächlich zu lesen. Nur letzteres aber geht ein in die relevante Statistik der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW).

Einerseits muss der Geschichtsjournalismus also die Wünsche und Erwartungen des Publikums beachten, andererseits seriös bleiben. Bei in der Gesellschaft weit verbreiteten, aber falschen Deutungsmustern wie „Sieger schreiben die Geschichte“ entsteht zwangsläufig eine Spannung zwischen den Zielen: Einfacher wäre es, so eine gängige Behauptung zu bedienen, doch das verstieße gegen die gute wissenschaftliche Praxis. Also muss man dem Publikum in geeigneter Form darlegen, warum die Behauptung trotz ihrer häufigen Wiederholung falsch ist.

In geeigneter Form bedeutet: an nachvollziehbar formulierten, in der kurzen Lesezeit für Online-Artikel erfassbaren Beispiele. Theoretische Erörterungen helfen nicht weiter, sondern führen praktisch immer zum Abbruch der Lektüre – und damit zum Verlust eines potenziellen Lesers. Wer aber das Angebot erst gar nicht aufgreift, ist verloren für den eigentlichen Zweck des Ganzen, Wissen beispielsweise über Unrecht der Vergangenheit erkennbar zu machen und somit „einen Akt retrospektiver Solidarität und symbolischer Wiedergutmachung“ zu ermöglichen. Die berechnete Messlatte historische Gerechtigkeit führt im Geschichtsjournalismus zu einer Gratwanderung, die bestehen muss, wer tatsächlich Public History betreiben will.